
Steinbach wird Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung



Unter lautem Beifall verließ Erika Steinbach am 30. Juni 2017 den Deutschen Bundestag. Die oftmals umstrittene Abgeordnete war 27 Jahre Mitglied des Parlaments und von 2000-2018 Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. Ende Februar gab die Stiftung bekannt, dass die 74-jährige Steinbach von ihrem Amt zurücktritt ([die-stiftung.de berichtete](http://die-stiftung.de/berichtet/)). Nun ist Steinbach zur neuen Vorsitzenden der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung gewählt worden.

Desiderius-Erasmus-Stiftung begrüßt Steinbach

„Wir sind glücklich, mit Erika Steinbach eine überaus profilierte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens als Vorsitzende unserer Stiftung gewonnen zu haben“, erklärte der Vorstand der Stiftung am Sonntag.

Steinbach sagte: „In Deutschland erleben wir seit Jahren zunehmend einen beunruhigenden Druck nicht nur im Bereich des Meinungsdiskurses, sondern sogar für die Freiheit der Wissenschaften.“

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung sieht ihre Aufgabe laut eigenen Angaben in der „Festigung und Erneuerung der Demokratie durch mehr direkte Bürgerbeteiligung und durch weniger EU-Bevormundung.“

Steinbach steht AfD politisch nahe

Steinbach selbst ist kein Mitglied der AfD, war aber im zurückliegenden Bundestagswahlkampf für sie tätig und vertritt öffentlich AfD-nahe Positionen. Sie gehörte bis Januar 2017 dem konservativen Flügel der CDU an. Dort sorgte sie regelmäßig mit Tweets für Kritik, in denen sie beispielsweise die NSDAP als linke Partei bezeichnete. Für weiteres Aufsehen sorgte sie unter anderem durch den Tweet eines Bildes, welches ein kleines, hellhäutiges blondes Kind zeigt, das von dunkelhäutigen Menschen umringt ist. Übertitelt ist das Bild mit der Botschaft:

Erasmus oder Stresemann?

Mit der Ernennung Steinbachs zur neuen Vorsitzenden der Desiderius-Erasmus-Stiftung geht der Streit um die AfD-Parteistiftung nun in eine neue Runde. Vor kurzem wurde vor allem von Alexander Gauland gefordert, dass Gustav-Stresemann der Namensgeber sein solle. Dies birgt jedoch namensrechtliche Probleme. Parteichef Jörg Meuthen erklärte am Sonntag: „Schlussendlich entscheiden muss das der Bundesparteitag.“ Steinbach und Gauland kennen sich gut aus der Zeit, als beide noch Mitglieder der hessischen CDU waren.